

Adressen- und Telefonverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 15. Mai 1929

Nummer 39

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.

Reaktionäre Bedrohung der Sozialversicherung

In der rechtsgerichteten bürgerlichen Presse wie in den Unternehmerorganen kann man seit einigen Monaten einen verstärkten Kampf gegen die gesamte Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung feststellen. Zunächst werden gewisse — jeder Versicherung anhaftende Begleiterscheinungen in marktstreuerischer Aufmachung stark übertrieben dem urteilslosen Publikum vorgelegt und so der notwendigen Boden vorbereitet für den schnellst gewünschten Abbau. Dann wird in allen Tonarten der Beweis zu erbringen versucht, daß die Wirtschaft (des Unternehmertums) die soziale Belastung nicht mehr tragen kann und daß die Gefundung der Wirtschaft abhängig sei von der Herabdrückung dieser Soziallast.

Wo alles heißt, können natürlich Vertreter der Wissenschaft nicht zurückstehen. Ein besonderes Glanzstück hat sich der Gießener Professor Horneffer kürzlich geleistet. Nach ihm ist der wirtschaftliche Egoismus die Grundlage alles Bestehens. „Es ist Naturgesetz, die göttliche Weltordnung, daß jeder für sich verantwortlich ist.“ Wie in diesem Kopf die Sozialversicherung aussieht, möchten wir den Lesern des „Korr.“ nicht vorenthalten. Nach einem Bericht im Handelsblatt der „Barmer Zeitung“ vom 11. März 1929 hat der Herr Professor in einem Vortrage u. a. folgende Geistesblitze losgelassen: „Die staatliche Sozialversicherung ist ein schwerer Mißgriff. Die Kranken-, Unfallversicherung usw. ist ein großer Kommunismus, durch die unbilligen Folgen zugleich die Widerlegung des Kommunismus. Man darf sich nicht wundern, wenn alle sich an den gemeinsamen Topf, in den die Zwangsbeiträge fließen, heranrängen, um herauszuholen, was herauszuholen ist. Mit dieser Sozialversicherung ist ein gefährlicher Keim in die Sittlichkeit des deutschen Volkes hineingetragen worden. Die Versuchung, zu feiern, sich trant zu stellen, um ohne Arbeit Geld zu bekommen, um ohne Sorgen Familien zu können, ist zu groß. Auch stellt die Krankenversicherung eine zu hohe Belastungsprobe des ärztlichen Gewissens dar. Hingu kommt, daß die Entlohnung für die Krankenbehandlung unwürdig ist; so muß es die Waage bringen.“

Ein Ausweg wäre die Verstaatlichung der Ärzte. Dadurch kämen wir aber einen Schritt weiter in den sozialistischen zwangsbewirtschafteten Staat. Dieser freie Beruf, die Kunst des Arztes würde burokratisiert und zur Unfähigkeit verurteilt.

Es liegt ein Fluch auf jedem Geld, das nicht durch Arbeit erworben wird. Von Ausnahmefällen abgesehen, ist jede Rente zu verurteilen. Man sollte möglichst nur Höfingdsummen leisten. Treue Staatsbürger' erzieht man durch eine Rente nicht, sondern man weckt nur einen Haß auf den Staat, der nach Ansicht der Betroffenen seine Fürsorgepflicht nicht ausreichend erfüllt, und zerstört den Familienstimm. Die Kinderverpflegung ist eine geradezu unbillige Maßnahme, weil damit den Eltern die Verantwortung für die Kinder von der öffentlichen Macht abgenommen wird. Die Arbeitslosenversicherung hat einen Pesthauch in unser Volk hineingetragen. Heute stehen die Kassen der Sozialversicherung sämtlich vor dem Bankrott. Man kann die Beiträge erhöhen, um sie wieder füllig zu machen. Aber heute schon bedrücken die sozialen Lasten die Wirtschaft unerträglich. Der Staat lebt nur von der freien Wirtschaft, wird sie aber durch diese Sozialpolitik zerstört, so zerbricht auch der Staat und die Kultur.“

„Schöner“ könnte ein Unternehmerrinditus die Dinge auch nicht auf den Kopf stellen. Gegen solche Auslassungen zu polemisieren, lohnt sich nicht, es genügt, sie zur Kenntnis zu geben.

Professor Horneffer und andre preisen nun als Allheilmittel den Sparzwang. Im Scharverlag ist sogar ein Buch erschienen, das diesem Thema gewidmet ist, und da Herr Eugenberger über diesen Verlag verfügt, liegt die Vermutung nahe, daß „Sparzwang statt Sozialversicherung“ zum Programmpunkt des deutschnationalen Parteiführers gehört.

Wie dieser Sparzwang bereits die Köpfe umnebelt, beweisen u. a. Äußerungen in der „Nordwestdeutschen Hand-

werkszeitung“. Dort rechnet jemand aus, daß ein Abteilungsleiter im Bergbau, wenn er seine Sozialversicherungsbeiträge ständig sparen und mit 8 Proz. verzinst lassen würde, im 65. Lebensjahre über ein Vermögen von 327 419,95 M. verfügen müßte. Dabei ist angenommen, daß der Steiger mit 14 Jahren in den Beruf eingetreten ist. Unter den gleichen Umständen würde ein Bauer 177 462,30 Mark und ein kaufmännischer Angestellter 257 284,40 M. Vermögen haben. Diese Vermögen nehme die Sozialversicherung den armen Arbeitern und biete ihnen als Ersatz nur ganz bescheidene Renten, die nicht einmal den Zinsbetrag des Vermögens erreichten. Der Schreiber ist berart begeistert von seiner Berechnung, daß er glaubt, daß diese Zahlen in der Praxis den „vollendeten Irrsinn der heutigen Sozialversicherung“ beweisen.

Das diese bestehende Vermögensaufmachung einige Kehrseiten hat, liegt wohl klar auf der Hand. Einmal fehlt in der Rechnung, daß im menschlichen Leben sich allerlei Vorkommnisse ereignen, die besondere Belastungen darstellen. Der Bergarbeiter insbesondere hat einen gefahrvollen Beruf, Krankheiten und Arbeitslosigkeit werden ihm nicht erspart, dazu kommen die durch Familienzuwachs entstehenden besonderen Ausgaben. Alles dies läßt der Schreiber außer Anbath. Ein Arbeiter, der vom 14. bis zum 65. Lebensjahre nie krank, nie arbeitslos war, nie Krankheiten in der Familie hat, muß wohl erst mit der Laterne gesucht werden. Denn heute schon erkrankt jeder Versicherte im Durchschnitt zweimal im Jahre. Geradego unfinnig ist es, anzunehmen, daß, wenn der Gedanke durchgeführt würde, eine Zinszahlung von 8 Proz. erfolgen könnte. Im Gegenteil, bei einer solchen enormen Geldansammlung würde die Zinsquote die denkbar niedrigste werden müssen, und eine dementsprechende große Geldentwertung eintreten.

Ein anderer Artikelschreiber beschäftigt sich in der „Deutschen Sparfassen-Zeitung“ mit der „Sozialen Reichsparmank“. Dieser Herr sieht wenigstens ein, daß es im täglichen Leben allerlei Zufälle gibt, die außergewöhnliche Ausgaben verursachen. Er will deshalb, daß die Reichsparmank das Geld verwalte und Verträge mit Ärzten, Apotheken, Krankenkassen usw. abschließt und einen Risikoausgleich herbeiführt. Für jedes Mitglied besteht ein eigenes Konto, über das es nach dem 60. Lebensjahr frei verfügen kann. Die „Deutsche Krankenkasse“ sagt hierzu mit Recht: „Ausgeglichen — selber aber nur dann, wenn a) zu diesem Zeitpunkt nicht durch frühere Krankheit und Arbeitslosigkeit das Konto schon aufgezehrt ist, b) der Risikoausgleich nicht soviel Mittel erfordert hat, daß das Konto erheblich geschmälert würde, c) keine Geldentwertung oder wirtschaftlichen Rückschläge eingetreten sind. Weil aber diese Möglichkeiten nicht nur in der Theorie, sondern wie die Erfahrungen der Sozialversicherung tausendfach bewiesen haben, in der harten Praxis des Lebens mit mathematischer Sicherheit eintreten, so läßt sich diese verlockende Idee leider nicht in die Tat umsetzen. Das einzige, was dabei herauskäme, wäre eine Vereinfachung der Sozialversicherung.“

Der Hansabund hat den Kampf gegen die Sozialversicherung von einer anderen Seite aus betrieben. Er hat eine Reihe Sparforderungen zum Reichstag aufgestellt und dabei den Abbau der Zuschüsse des Reiches an die Versicherungsträger verlangt, soweit diese Zuschüsse nicht zur laufenden Versicherungsleistung zugunsten der Versicherten gebraucht werden, sondern ausschließlich der Vermögensbildung zugute kommen. Während Professor Horneffer vom Bankrott der Versicherungsträger redet, ist der Hansabund der Ansicht, daß zu viel Vermögen angehäuft wird. Nach seinen Vorschlägen sollten beim Sozialetat 250 Millionen erspart werden, und zwar 172 Millionen bei der Invalidenversicherung (Wegfall der Reichszuschüsse), 32 Millionen bei der Krankenversicherung (Wöchnerinnenfürsorge) und bei der Arbeitslosenversicherung 65 Millionen (produktive Erwerbslosenfürsorge).

Der Reichstag hat diesen Forderungen nicht nachgegeben. Sie würden praktisch nur zu Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung geführt haben. Nur bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist ein Witzig vorgenommen. Andererseits ist beschlossen, daß der künftig bei der Lohnsteuer über 1300 Millionen hinausgehende Jahresbetrag (Schätzungsweise 150 Millionen) je zur Hälfte der Invaliden- und Knappschaftsversicherung zufallen soll. Gleichfalls ist durch einen Erlaß des Reichsarbeitsministers die Krisenfürsorge bis zum 20. Juni verlängert.

Besonders heftig sind die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung. Die infolge des überaus harten und langen Winters eingetretene abnorme Arbeitslosigkeit hat den Träger der Arbeitslosenversicherung in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Ein wahres Trommelfeuer von Angriffen wird gegen diesen neuesten Zweig der Sozialgesetzgebung geschleut. Die hier und da aufgetretenen Mißstände werden in maßloser Weise aufgebauscht und gründlicher Abbau gefordert. Fast die gesamte bürgerliche Presse läßt sich hypnotisieren von dem Unternehmertum in dieser Frage. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände macht Vorschläge, die aufs Ganze gehen, die aber auch zeigen, wie verhasst den Herrschaften die Existenz der Arbeitslosenversicherung ist. Zwar wird heuchlerisch zum Ausdruck gebracht, daß man nicht die Grundlagen befeitigen will, sondern lediglich eine gesunde finanzielle Basis für die Reichsanstalt wünsche. Vor allen Dingen wolle man eine Beitragserhöhung verhindern. Die Vorschläge gehen dahin, daß zunächst die Saisonarbeiter während der Saison-Erwerbslosigkeit keine Unterstützung erhalten sollen, sodann soll die Bedürftigkeitsprüfung wieder eingeführt und zum andern die Höhe der Unterstützung durch eine anderweite Berechnung herabgedrückt werden. Der Arbeitslose soll gezwungen werden, Arbeit anzunehmen. Daher soll der Arbeitslose, der Arbeit ohne Beschäftigten Grund ablehnt, nicht wie bisher mit vier Wochen-Unterstützung entzogen bestraft werden, sondern er soll so lange keine Unterstützung erhalten, bis er in neuer Arbeit wieder einen neuen Unterstützungsanspruch erworben hat, d. h. erneut mindestens 20 Wochen in Arbeit stand. Daß die Gründe, die zur Ablehnung der Arbeit berechtigen, verschleiert werden sollen, bedarf keiner Erwähnung. Die Verweigerung der Vorschläge wäre nicht vollkommen, wenn derartige festsäte fehlte. Die Höhe der Unterstützung soll sich aus dem Arbeitsentgelt der letzten sechs (nicht drei) Monate errechnen. Arbeitslose, die in einem andern Ort wohnen als dem, wo sie ihre Anwartschaft erworben, erhalten ihre Unterstützung nur in Prozentlagen des an ihrem Wohnort maßgebenden Tarifs oder ortsüblichen Lohnes. Damit sollen den Arbeitern, die in der Stadt arbeiten, aber auf dem Lande oder in kleineren Gemeinden wohnen, oder die als Wanderarbeiter in ihre Heimat zurückkehren, die Unterstützung gefürzt werden. Eine alte Forderung der Landwirte, die das böse Beispiel einer ehrlieh erworbenen höheren Unterstützung fürchten. Notstandsarbeiten sollen von der Versicherung getrennt werden. Ob die Vereinigung grundsätzlich Kostensarbeiten befeitigen oder nur das Finanzierungssystem ändern will, sagt sie nicht klar. Zweifelslos will sie das erstere.

So weit das Maiprogramm der deutschen Unternehmer. Man muß schon sagen, sie gehen aufs Ganze. Daß sie ausgerechnet am 1. Mai, dem Tag der Propaganda des Arbeiters für den Ausbau der Sozialpolitik, ihr „Programm“ der Öffentlichkeit übergeben, scheint mehr als ein Zufall zu sein, denn man muß es werten zusammen mit ihrem Programm bezüglich des Schlichtungswesens, das gleichfalls an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Daß die Gewerkschaften dieses Programm in seinem ganzen Umfang als undisputabel ablehnen, brauchen wir nicht zu versichern, und die Vereinigung wird daran auch nicht gezweifelt haben.

Was nun? Die Reichsanstalt ist durch eine Verkettung von Naturereignis und Wirtschaftsstörung, nicht durch übertriebene Leistung der Versicherung, in eine schwierige Lage gekommen. Bereits belastet mit 300 bis 320 Mill. M. Darlehen, bietet auch der vor uns liegende Sommer keine Hoffnung, erhebliche Rücklagen in den Uberschußmonaten für den nächsten Winter zu machen. Man könnte daran denken, die Dinge an sich herankommen und durch weitere Darlehen im nächsten Winter die Verschuldung weiter steigen zu lassen, in der Hoffnung, daß eine künftig hoffentlich bessere Arbeitsmarktlage die Rückzahlung des Darlehens ermöglicht. Das wäre jedoch kurzfristig. Einmal weil eine zu große Schuld aufhäuft, und weil die Reichsfinanzen entlastet werden müssen. So bleibt der Weg einer Beitragserhöhung. Ein weiteres Prozent würde jährlich 270 bis 275 Mill. M. bringen. Gewiß ist eine solche Erhöhung auch dem Arbeiter nicht leicht, aber sie ist unumgänglich. Daneben sind die Gewerkschaften bereit, gründlich und ehrlich an einer sachlichen Untersuchung mitzuarbeiten und etwa sich tatsächlich zeigende schädliche Wir-

lungen des Gesetzes zu befeitigen. Ebenso entschieden wenden sich die Gewerkschaften gegen jeden Versuch, möge er herkommen woher immer, die Arbeitslosenversicherung in ihren wesentlichen zu verschlechtern. Sie vertreten ein Prinzip, für das sie jahrzehntelang kämpften, und um das sie mit Erbitterung weiter kämpfen werden.

Bis jetzt haben, wie mit Recht der „Sozialdemokratische Pressedienst“ in letzter Stunde schreibt, die Kritiker, die an der Arbeitslosenversicherung kein gutes Haar lassen wollen, noch keinen Vorschlag auf die Beine gebracht, der wirklich Hand und Fuß hätte. Eigenartig: nur auf der Seite der Angegriffenen, bei der Reichsanstalt selbst und bei den Gewerkschaften sind konkrete und praktische Vorschläge zur Besserung gemacht worden.

Der Reichsanstalt hat einen Erlaß herausgegeben, der eine Reihe sehr beachtenswerter Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung enthält, und die Freien Gewerkschaften haben ihren Vorschlag auf eine befristete Erhöhung der Beiträge in der neuen Nummer der Gewerkschaftszeitung eingehend und überzeugend begründet. Statt jedoch zunächst einmal ernsthaft den Erlaß der Reichsanstalt zu studieren und sachlich zu dem Sanierungsvorschlag des Bundesvorstandes des DGB Stellung zu nehmen, werden im Lager der Gegner der Arbeitslosenversicherung munter Projekte über Projekte zur Reform der Arbeitslosenversicherung entworfen, ohne daß etwas Gesehites dabei herauskommt.

Was wird von den Herren Reformern neuerdings empfohlen? Nach wie vor reiten sie auf der Bedürftigkeitsfrage herum, obwohl längst festgestellt worden ist, daß die Bedürftigkeitsprüfung finanziell keinen großen Einfluß hat, da die großstädtischen Arbeitslosen fast alle beschäftigt sind, und Bedürftigkeitsprüfung in einer Versicherung nichts zu suchen hat. Bei der Unterfützung in saisonaler Arbeitslosigkeit ist die Bedürftigkeitsprüfung überdies bereits wieder eingeführt, und im übrigen geben die scharfen Maßnahmen des neuen Erlasses genug Handhaben, um den Leuten, die gar nicht bedürftig sind, und nur zum Erwerb eines Nebeneinkommens 26 Wochen Scheinarbeit verrichten, auf die Pelle zu rücken. Für die Saisonarbeiter wird eine „Sonderanstalt“ im Rahmen der Versicherung empfohlen. Was heißt „Sonderanstalt“? Will man die Saisonarbeiterunterfützung praktisch von der Unterfützung der übrigen Arbeitslosen loslösen oder nicht? Eine Loslösung wäre eine sehr bedenkliche Sache. Läßt man den Grundloß der Solidarhaftung und des Risikoausgleichs durch die ganze Volkswirtschaft hin fallen, dann werden immer mehr Gruppen nach Sonderregelungen drängen und die Versicherung wird sich auflösen. Will man aber die Saisonarbeiter in der Versicherung lassen, dann kommt man zwangsläufig zu dem, was bereits durch die Sonderregelung für berufstätliche Arbeitslosigkeit geschaffen worden ist; denn eine Nichtunterfützung bei saisonaler Arbeitslosigkeit, wie sie die Arbeitgebervereinigung gefordert hat, ist nur ein Strohgefäß. Die Sonderregelung für die Saisonarbeiter besteht ja nicht ohne Grund aus einer Mischung von Versicherung und Fürsorge. Durch diese Mischung wird der aus Konjunktur- und Saisoninflüssen entstehenden Arbeitslosigkeit der Saisonarbeiter Rechnung getragen. Der Saisonarbeiter erhält im Winter nur noch 6 Wochen Versicherungsunterfützung und ist im weiteren Teil der Arbeitslosigkeit auf die Fürsorge, bei der die Bedürftigkeitsprüfung in Frage kommt, angewiesen. Diese Sonderregelung ist seinerzeit im Verwaltungsrat der Reichsanstalt, nachdem ein ganzes Jahr Verhandlungen geführt worden waren, auch mit den Stimmen der Unternehmer beschlossen worden, wie ja auch das ganze Arbeitslosenversicherungsgesetz im Reichstag seinerzeit mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei, d. h. mit den Unternehmerrstimmen angenommen worden ist. Eins ist jedenfalls klar: nur auf der Basis der Sonderregelung ist eine Lösung des Saisonarbeiterproblems in der Arbeitslosenfrage diskutabel.

Wohin man auch blickt, nirgends haben die schnellfertigen Kritiker der Arbeitslosenversicherung gangbare Wege aus den Schwierigkeiten gesehen. Gangbar dagegen ist der Weg, den der Bundesvorstand des DGB, in der Finanzfrage gezeigt hat. Werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 4 Prozent erhöht, so bedeutet das ein monatliches Plus von rund 18 bis 20 Millionen. Nimmt die Beitragserhöhung mit dem 1. Juni ihren Anfang, dann ist die Reichsanstalt im Laufe von 5 Monaten 90 bis 100 Millionen anzulammeln, die mit dem Abschluß der Monate Juni bis Oktober in Höhe von 40 Millionen einen Rest von etwa 130 bis 140 Mill. M. ergeben würden. Das entspricht der Reserve des Winters 1927/28. Bei der Fortführung der Sonderfürsorge für berufstätliche Arbeitslosigkeit käme damit die Reichsanstalt ohne Schwierigkeiten über einen normalen Winter ohne Inanspruchnahme weiterer Reichsdarlehen hinweg. Sie wäre wahrscheinlich bei einer stärkeren Anpassung der Sonderregelungen an die klimatischen Verhältnisse des kommenden Winters sogar in der Lage, einen Teil des Restbetrags noch in den kommenden Sommer 1930 hinüberzuerufen. Die Masse der Arbeiter- und Angestelltenhaftung ist bestimmt gewillt, die erhöhten Beiträge in Kauf zu nehmen, um sich so ihre Arbeitslosenversicherung zu erhalten. Scheitert die Beitragserhöhung an politischen Widerständen, dann werden, ähnlich wie in England, ständige Reichsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung notwen-

dig. Es erfolgt dann also lediglich eine Verschiebung der Mittelaufbringung von der Wirtschaft auf die Volksgemeinschaft. Die neben der Beitragserhöhung noch notwendige Niederlegung der Reichsdarlehen in Höhe von rund 300 Mill. M. ist keine leichte, aber auch keine unlosbare Sache. Der Bundesvorstand des DGB zeigt eine Lösung; er fordert eine Reform der bisher nur ganz gering angepannten Substanzsteuern in Deutschland. Man kann z. B. einen Teil der Vermögenssteuer für das Wirtschaftsjahr 1928 nachheben. Damit bringt man einen Betrag zusammen, der zwar zur Deckung des niedergelassenen Darlehens noch nicht ausreicht, aber durch Erleichterung ähnlicher Quellen vergrößert werden kann; ohne daß dadurch das eigentliche Produktionskapital verringert zu werden braucht.

Wer nicht die Arbeitslosenversicherung durch Raub berechtigter Unterfützung „sanieren“ will, wie es die Arbeitgebervereinigung vorschlägt, wer keine bloße Mißmachtsrechnung aufmachen, d. h. praktisch nur die Lasten anderer, Schwächeren, vor allem den Gemeinden und dem Reich aufbürden will, der muß sich mit dem Finanzvorschlag des Bundesvorstandes des DGB ernsthaft auseinandersetzen. Ebenso müssen die Herzhaften, die seit Jahr und Tag über „Mißstände“ in der Arbeitslosenunterfützung Jeter und Mordio rufen, gegenüber dem Erlaß der Reichsanstalt zur Abstellung tatsächlicher Mißstände offene Garbe bekommen. Der Erlaß wird nur dann praktisch wirken können, wenn bei den Arbeitsämtern auch die Köpfe und Hände vorhanden sind, um den Erlaß energisch durchzuführen. Es ist bezeichnend, daß jetzt auch in rechtsstehenden Blättern, wie z. B. in der „Kölnischen Zeitung“, auf die Verknäufelung der Personalfrage in der Arbeitslosenversicherung hingewiesen wird. Ja, wer war es denn, der seit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung fortwährend den Gewerkschaften Schwierigkeiten machte, wenn sie für eine erstklassige Bezahlung der Posten bei den Arbeitsämtern von oben bis nach unten eintraten? Doch nicht die Gewerkschaften. Sie haben gewarnt, leider umsonst. Und die Leute, die damals ihre Warnung in den Wind schlugen, sind heute die schärfsten Kritiker der Arbeitslosenversicherung.

Gau Oberrhein

Am 27. und 28. April fand in Karlsruhe der 28. Gau-tag des Gaues Oberrhein statt, zu dem sich 35 Delegierte aus dem langgestreckten Grenzland nebst dem Gauvorstand eingefunden hatten. Vom Verbandsvorstand war Kollege Krauß anwesend, ebenso bekundete Regierungsrat Weigmann durch seine Anwesenheit, daß er die Führung mit seinen ehemaligen Berufskollegen nicht verloren hat. Ein Begrüßungschor der Karlsruher „Typographia“ gab den würdigen Auftakt zu der Tagung.

Der Gauvorsitzende Kollege Sandfort eröffnete den Gau-tag mit herzlichen Worten der Begrüßung, besonders dem Kollegen Krauß für sein Erscheinen dankend. Warme Begrüßungsworte widmete der Vorsitzende auch dem früheren langjährigen Vorsitzenden und Verwalter des Bezirks Karlsruhe, Kollegen Krüsen. Sodann wurde der seit dem letzten Gau-tag verstorbenen Kollegen gedacht, wobei besonders dem langjährigen Vorsteher unsres Gaues Kollegen Karl Rindenslaub und dem Verbandsvorsitzenden Kollegen Joseph Seig ehrende Nachrufe gemittelt wurden. Der Gau-tag ehrte die Toten in der üblichen Weise.

Der Geschäftsbericht über die Zeit von 1926 bis 1929 gab Kollege Sandfort, dabei alle die Fragen streifend, die uns als Gewerkschaftler am meisten interessieren müssen. Die tarifliche Lage im Gau bezeichnete er als eine gute, da es gelungen sei, alle Tarifverbesserungen auch im hohen Schwarzwald durchzuführen. Die Disziplin der Mitglieder habe sich in glänzender Weise bewährt; Konflikte sind nicht vorgekommen, wenn auch kleinere Meinungsverschiedenheiten in Tariffragen oder in der Durchführung der Lehrlingsordnung das Eingreifen des Bezirks- oder des Gauvorstandes notwendig machten. In Baden ist die Lehrlingsordnung gesetzlich anerkannt und streng wachen wir über deren Einhaltung, aber seitens der Arbeitgeber wird immer wieder versucht, die Bestimmungen der Lehrlingsordnung zu umgehen. Hier haben die Sachauschüsse wertvolle Mitarbeit in der Behebung der Mißstände geleistet und noch zu leisten. Die Zahl der Mitglieder des Gaues ist in den drei letzten Jahren fast die gleiche geblieben und betrug Ende 1928 1873; die Zahl der Mitglieder unsrer Lehrlingsabteilung hat sich von 304 auf 471 erhöht. Nach der letzten Statistik betrug die Zahl tatsächlicher Lehrlinge im Gau 503, für Nachwuchs ist also reichlich gesorgt. Der Vorsitzende gab noch eine Übersicht über die Entlohnung und Abertariflöhne im Gau, besprach die Agitation und betonte das gute Zusammenarbeiten mit den Bezirks- und Ortsvorständen sowie den Sparten. Auch über die Lehrlingsabteilungen wurde berichtet, wobei besonders der Wunsch ausgesprochen wurde, daß sich der Kreis der Mitarbeiter noch mehr erweitern möge. Bezüglich des Guttenbergbundes wurde erwähnt, daß trotz der Anstellung eines Agitatoren derselbe im Bereich unsres Gaues nur 88 Mitglieder und diese in der Mehrzahl nur in einigen wenigen Orten hat. Das zeigt, daß in der Südwestecke des Reiches keine Vorarbeiten für diese Auforganisationsarbeiten sind, treten doch teilweise sogar schon die mit allen möglichen Mitteln angeleiteten Lehrlinge nach rascher Erkenntnis zu unsren Lehrlingsabteilungen über.

Zum Kassenericht übergehend, schilderte Kollege Sandfort den Stand der Kassa, dabei die hohen Anforderungen der letzten Zeit erwähnend, welche dringend zur Sparsamkeit mahnen. Zu einem Schmerzensstund hat sich die Gauzuschriftenkassa ausgebildet, denn der ungemein hohe Krankenstand, besonders des letzten Winters, hat die Kassa sehr stark belastet. Der für die Zuschußkassa geleistete Beitrag reichte zur Deckung nicht mehr aus, so daß der Gauvorstand eine Herabsetzung des Krankenzusuffusses beantragt mußte. Die Kassa hatte im Jahre 1928 eine Einnahme von 47 997 M. und eine Ausgabe von 46 887 M. Das Vermögen des Gaues betrug Ende 1928 20 718 M.

In der anschließenden Diskussion kam das allgemeine Vertrauen zu der Geschäftsführung des Gauvorstandes und des 1928 angestellten Verwalters zum Ausdruck. Der Vorsitzende des Bezirks Lahr, Kollege K e i d e l, bedauerte, daß der Manteltarif nicht gekündigt wurde, bei den nächsten Verhandlungen müßten die Ortsauschüsse einer Revision unterzogen werden, ebenso müßte die Ausnahmebestimmung im § 23 Ziffer 1 letzter Absatz des Tarifs, die den kleinsten Druckereien das Halten einer unverhältnismäßig hohen Zahl von Lehrlingen gestattet, wegfallen. Die Kollegen S ö h n und P r e s t e l sprachen über den Manteltarif, Lehrlingskata und Ausschalten des Guttenbergbundes bei Lohn- und Manteltarifverhandlungen. Kollege D i t t m a n n verlangte mehr Beachtung der sanitären Zustände und strenge Durchführung der Bundesratsvorschriften von 1897. Außerdem redete er der staatlichen Anstellung eines Gewerbeinspektors für die graphischen Berufe das Wort. Aber alle diese Fragen war die Aussprache sehr lebhaft, und daran beteiligten sich die Kollegen M e n z, S c h e e r e r, S ä f f e l e und besonders Kollege M a i e r, der ein umfassendes Bild der tariflichen und organisatorischen Lage im Gau gab.

Kollege K r a u ß sprach zu den Punkten, die allgemeines Interesse haben und ging dann ausführlich auf die Manteltarifverhandlungen im Jahre 1927 und auf die Lohnverhandlungen 1928 und 1929 ein. Seine Ausführungen über das Zustandekommen der einzelnen Tarife sowie über die Nichtkündigung des Manteltarifs wirkten aufklärend.

Kollege S a n d f o r t ging in seinem Schlußwort auf die in der Diskussion angeführten Fragen ein, worauf dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt und das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Der zweite Tag wurde mit der Beratung der zum Gaustatut gestellten V ä n d e r u n g s a n t r ä g e begonnen. Lebhaft umstritten war ein Antrag des Ortsvereins Karlsruhe, der verlangte, daß in den Gauvorstand auch ein Vertreter von Karlsruhe zu wählen ist, der dann die Vertretung des Vorstehenden nach außen zu übernehmen hat. Kollege K r a u ß gab auch hier aus seinen Erfahrungen Aufklärung, und so fand durch den gesunden Sinn der Delegierten dieser Punkt befriedigende Erledigung. Einstimmig wurde beschlossen, daß der Bezirk Karlsruhe einen Beisitzer im Gauvorstand erhält, der bei Verhinderung des Gauvorsitzenden wichtige organisatorische Vertretungen (bei Gauvorsichterkonferenzen, Tarifverhandlungen) wahrzunehmen hat.

Ein Antrag über die Regelung der Rückvergütung an die Bezirke wird in einer vom Gauvorstand eingebrachten Fassung angenommen.

Zur Wahl der Delegierten zum Gau-tag lag ein Änderungsantrag vor. In der Diskussion hierüber kamen die Schmerzen der oberbadischen Bezirke mit ihren weit auseinanderliegenden Druckorten und die Schwierigkeiten, Anfluß an das Ganze zu behalten, zum Ausdruck. Angenommen wurde folgender Modus: Die Bezirke wählen auf den ersten 80 Mitglieder zwei Delegierte, auf je weitere 60 Mitglieder einen Delegierten mehr; restliche 31 und mehr Mitglieder wählen als voll. Die Verteilung der Delegierten ist Sache der Bezirke, die auch die Wahlkreise bilden.

Die Gauzuschriftenkassa befindet sich infolge der hohen Krankenziffer in einer Krise, zu deren Behebung der Gauvorstand einen Antrag auf Abbau der Leistungen gestellt hat, und zwar soll der Unterfützungssatz von 60 Pf. pro Tag auf 50 Pf. herabgesetzt werden; nach 26wöchiger Krankheit und Ausschören der Krankenunterfützung aus der Orts- oder Betriebskrankenkasse soll der Unterfützungssatz statt 1,20 M. pro Tag nur noch 1 M. betragen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß auf dem Verbandstag eine Aufhebung der Zuschußklassen verlangt wird. Er gab die Unterfützungssummen bekannt, die vorausgesehen werden müssen, und die eine große Belastung der Kassa bedeuten. Bereits das erste Quartal hatte einen sehr hohen Krankenstand aufzuweisen, deshalb der Antrag auf Abbau der Leistungen. Falls der Verbandstag die Aufhebung der Zuschußklassen beschließen würde, und unsre Kasse demzufolge aufgelöst werden müßte, so kann der Gaubeitrag herabgesetzt werden. Auch Kollege K r a u ß äußerte sich zu diesem Punkt und gab der Meinung des Verbandsvorstandes Ausdruck, daß die Auflösung aller Neben- und Zuschußklassen im Interesse der zentralen Unterfützungsgesetzgebung unerlässlich ist. Der Verbandstag müßte hierüber reine Bahn schaffen. Der Antrag des Gauvorstandes fand einstimmige Annahme.

Der Gaubeitrag wurde in der alten Höhe, 30 Pf. pro Woche, belassen. Einstimmig wurden Johann der Vorsitzende, Kollege K a r l S a n d f o r t, der den Kassierenposten mitverschick, sowie der Kollege N i k o l a u s M ü l l e r als Schriftführer wiedergewählt. Die Wahl der

Weißer erfolgt in den Ortsvereinen Freiburg bzw. Karlsruhe. Die Entschädigungen für die Mitglieder des Gauvorstandes wurden wie bisher festgesetzt.

Als Tagungsort für den nächsten Gautag wurde Konstantz gewählt.

Ein Antrag, daß die vom Gau zum Verbandstag entsandten Vertreter dahin wirken sollen, daß eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung der Invalidenunterstützung eintritt, gab den Delegierten sowie auch dem Kollegen Krauß Gelegenheit, über allgemeine Verbands- und Gewerkschaftsfragen ihre Meinungen auszutauschen. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Im Juli soll in Karlsruhe ein Jungbuchdruckerstag stattfinden, und vom Gautag wurde, nachdem der Vorsitzende sowie der Karlsruher Lehrstufenleiter, Kollege Preßel, über die geplanten Veranstaltungen berichtet hatten, beschlossen, die Kosten der Veranstaltungen auf die Gaufasse zu übernehmen und außerdem den Teilnehmern einen Zuschuß zu den Fahrtkosten zu gewähren.

Ein Antrag des Bezirks Lörrach, über Wiedereinführung von Überstundenstatistiken, wurde nach kurzer Aussprache abgelehnt; ebenfalls abgelehnt wurde die Gewährung eines Zuschusses aus der Gaufasse an die Buchdruckervereine im Gau, die den Dritten Süddeutschen Buchdruckerkongress in München besuchen. An Spartenzuschüssen werden 500 M. bewilligt, 400 M. wie bisher und je 50 M. den beiden neugegründeten Handfegervereinigungen Freiburg und Karlsruhe.

Damit war die Tagesordnung erledigt, und der Vorsitzende gab im Schlusswort seiner Befriedigung über die geleistete Arbeit, die sachliche Diskussion und die zutage getretene Disziplin und Kollegialität Ausdruck. Er dankte dem Orts- und Bezirksverein Karlsruhe sowie dem Gesangsverein „Typographia“ für die schönen Darbietungen. Auch dem Kollegen Krauß wurde für seine erprießliche Mitarbeit der Dank ausgesprochen. Die Delegierten haben die Gewähr erhalten, daß der Weg, den unsere Organisation geht, aufwärts und vorwärts führt. Das Gehörte aber mögen sie an die Mitglieder weiterberichten und in diesem Sinne wirken. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der 28. Gautag des Gauoberrhein.

Es ist Pflicht des Chronisten, auch der Veranstaltungen zu gedenken, die den Delegierten zwischen und nach den Beratungen geboten wurden. Am Sonnabendabend hatte der Karlsruher Bezirks- und Ortsverein zu einem Familienabend eingeladen, in dem ein künstlerisches Programm unter Mitwirkung der „Typographia“ vorgeführt wurde. Am Sonntagabend waren die Delegierten Gäste der Stadtverwaltung im Babischen Landestheater, wo die „Meistersinger“ aufgeführt wurden. Am Montagmorgen machte eine vierstündige Rheinfahrt im Motorboot, bei Konzert, Imbiß usw. mit den Schönheiten von „Karlsruhe am Rhein“ bekannt. Alle Veranstaltungen fanden lebhaften Beifall und werden durch die dabei zutage getretene Kollegialität allen Teilnehmern eine bleibende Erinnerung sein.

Karlsruhe. Wilhelm Dittmann.

Gau Nordwest

Nach dreijähriger Pause hielt der Gau Nordwest am 28. April im neu erworbenen Gewerkschaftsgebäude in Bremen, Am Ball 82, seinen ordentlichen Gautag ab. Erschienen waren aus fünf Bezirken 57 Delegierte und als Gäste Kollege Schweinitz vom Verbandsvorstand sowie Vertreter der graphischen Verbände am Orie.

Der Gesangsverein „Gutenberg“ (Bremen) entsetzte für seine die Tagung einleitenden Vieder: „Der Sturm“ von Uffmann und „Laßt uns wie Brüder“ von S. Böse, starken Beifall.

Gauvorsteher Zschery eröffnete nach 9 Uhr den Gautag und begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste, worauf die Begrüßungsansprachen der Gäste sowie des Bremer Bezirksvorsitzenden folgten. Nachdem die Aufstellung der Tagesordnung genehmigt war, widmete der Vorsitzende den in den letzten drei Jahren verstorbenen Gaumitgliedern und Funktionären des Verbandes, und vor allem unserm verstorbenen Verbandsvorsitzenden Seig Worte des Gedankens.

Punkt 1 der Tagesordnung: „Feststellung der Unwesenheitsliste und Prüfung der Mandate“, ergab, daß alle Delegierten, bis auf zwei, die durch Ersatzmänner ersetzt, erschienen waren.

Punkt 2: „Richtungsbericht und Genehmigung der Jahresrechnungen 1926/28“, leitete Gauvorsteher Zschery mit einem kurzen Bericht über die wichtigsten Ereignisse der verfloßenen drei Jahre ein und verwies auf die gedruckt vorliegenden Jahresberichte. Die Arbeit im Gau hatte sich in den letzten drei Jahren so gesteigert, daß wir um die Anstellung eines weiteren Kollegen nicht herum kamen. Es waren Kampfsjahre, denn die Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter traten schärfer in den Vordergrund. Die Lohnbewegung 1928 beendete der Schlichter durch die Verbindlichkeitserklärung, worauf die ausgesprochenen Kündigungen von den Gehilfen zurückgenommen werden mußten. Auch das letzte Lohnabkommen kann uns nicht befriedigen. Trotzdem es in freier Vereinbarung zustande kam, ließen einzelne Unternehmer im Gau, so in Emden und Blumenthal, dagegen Sturm und wollten die Erhöhung auf die Leistungszulagen in Anrechnung bringen, was ihnen jedoch infolge

der Geflossenheit der Kollegenschaft und durch Eingreifen der Funktionäre nicht gelang. In der Lehrlingsfrage ist festgestellt worden, daß bei den diesjährigen Neueinstellungen die Skala in vielen Fällen überschritten wurde, was wir durch die in diesem Jahre erstmalig versandten Fragebogen feststellen konnten; daher werden noch mehrere Klagen das hiesige Schiedsamt beschäftigen. Durch die forcierte Lehrlingeinstellung wird das Risiko der Arbeitslosigkeit größer, und nicht nur junge, sondern auch ältere Kollegen haben darunter zu leiden.

Gauverwalter Kuhn gab Erläuterungen zu den gedruckt vorliegenden Kassenberichten und führte vor Augen, daß seit Beendigung des Krieges und der Inflation ein gutes Stück Aufbauarbeit im Gau geleistet wurde, und unsere Erwartungen übertroffen wurden. Ausdruck findet diese Aufbauarbeit in dem Erwerb unsres Verwaltungsgebäudes, in dem der diesmalige Gautag abgehalten wurde.



50 Jahre Verbandsmitglied



Hermann Pettermann in Berlin
Eingetreten: 27. April 1879 — Jetzt Juvvalde



Das Gauvermögen betrug am 1. Januar 1926 22 223,43 M. und am 31. Dezember 1928 62 592,31 M., wovon 42 927,89 M. für das Verwaltungsgebäude angelegt sind. Zur Mitgliederbewegung ist zu sagen, daß wir am 1. Juli 1914 1335 Mitglieder zählten, deren Zahl sich jedoch durch den Krieg stark verringerte. Am 1. Januar 1924 konnten wir wieder mit festen Mitgliedszahlen rechnen, und zählten wir damals 1242 Mitglieder und 160 Lehrlinge. Die Zahl steigerte sich jedes Jahr, so daß der Gau am Jahreschluß 1928 1745 Gehilfen und 400 Lehrlinge zählte konnte. Der allmählichen Steigerung der Gehilfenzahl stand eine forcierte Lehrlingeinstellung gegenüber, jedenfalls auf den Beschluß des Deutschen Buchdrucker-Bereins zurückzuführen, der besagt, daß für jeden zu wenig eingestellten Lehrling eine Buße von 100 M. gezahlt werden muß. Daher muß bei den nächsten Mantelarifverhandlungen großes Gewicht auf die Einschränkung der Lehrlingskafala gelegt werden. Wir sind in den drei letzten Jahren vorwärts gekommen, und Aufgabe des nächsten Verbandstages in Frankfurt am Main ist es, die Wege zur Weiterentwicklung zu zeigen.

In der Aussprache wurde an den Berichten keine Kritik geübt, jedoch die Lehrlingsfrage besonders unter die Lupe genommen und sie als eine Auswirkung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hingestellt. Die forcierte Lehrlingeinstellung geht darauf hinaus, wie in anderen Berufen, auch in unserm Beruf eine Reservearmee von Arbeitern zu schaffen. Es liegt daher im Interesse der Gehilfen, auf die Einschränkung der Lehrlingsbestimmungen mehr wie bisher zu achten und auch darauf, ob der Ausbildung die nötige Aufmerksamkeit gewidmet wird. Aufgabe der Lehrlingsabteilungen muß es sein, die Lehrlinge in gewerkschaftlichen Fragen zu schulen. Der Abbruch der Lehrlinge zu unserm Beruf ist mit darauf zurückzuführen, daß gute Kostgelder bezahlt werden, zum anderen spielen die Gehilfenslöhne eine Rolle mit. Festgestellt wurde vom Gau-Lehrlingsleiter L u d e r s, daß die Lehrlingszahl seit 1925 eine Steigerung von 21 Proz. erfahren habe, was zu bedenken gebe. In längeren Ausführungen behandelte Redner sodann die Jugendfrage, woraus zu entnehmen ist, daß wir vor allen Dingen ein großes Interesse daran haben, daß unsere Jugend im Beruf zu tüchtigen Arbeitern herangebildet wird, damit sie bei der Arbeit ihren Mann stehen kann; denn nur solche Arbeiter sind später auch gute Gewerkschaftler und Kämpfer. Es müssen Jugendkafellen gegründet und von allen Gewerkschaften unterstützt werden, damit es nicht so ist wie in Bremen, daß den Buchdruckern die Führung allein überlassen ist. In letzter Zeit hat es sich gebessert, und andere Gewerkschaften interessieren sich für die Arbeit. Trotz alledem haben wir unsre eignen Berufsinteressen zuerst wahrzunehmen. Ein inzwischen eingelaufener Antrag: „Dem Gauvorstande, der in den Jahren 1926 bis 1929 die Geschäfte des Gauces geführt hat, wird

für seine geleistete Arbeit der Dank und das Vertrauen des Gautages 1929 ausgesprochen“ wurde einstimmig angenommen und beendete die Aussprache über den Geschäftsbericht, gleichzeitig war durch die Aussprache Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Zum Punkt 4: „Stellungnahme zum Verbandstag in Frankfurt a. M.“, erklärte Gauvorsteher Zschery die vorliegenden Anträge und brachte dabei zum Teil seine persönliche Ansicht zum Ausdruck.

In der Aussprache wurde die Neutralitätsfrage eingehend behandelt, aber auch davor gewarnt, sie auf die leichte Schulter zu nehmen. Aber die Frage des Industrieverbandes müsse der Verbandstag entscheiden. Die Zurückstellung der Gauvorsteher zur Generalfersammlung sowie eine Neueinteilung der Gaue wurde abgelehnt. Zu den Unterstützungsanträgen wurde die Vorlage des Verbandsvorstandes zur Annahme empfohlen. Scharf verurteilt wurde die Mitgliedschaft von Kollegen in vaterländischen Verbänden, hierzu müsse der Verbandstag klipp und klar Stellung nehmen. Auch die Auflösung der Sparten fand ihre Befürworter, weil diese in ihren Befugnissen teilweise zu weit gegangen seien. Die Anstellung eines Syndikus im Verbandsvorstand müsse abgelehnt werden, da wir in der Lage sind, unsre eignen Interessen selbst zu vertreten.

Als Kandidaten für den Verbandstag wurden die Kollegen Albers (Oldenburg), Graad (Verden), Poets (Emden), Kunstmann (Bremerhaven), Kuhnorn, Gokert und Stodhinger (Bremen) vorgeschlagen. Stodhinger verzichtete auf die Kandidatur.

Der Punkt 6: „Verwaltungsangelegenheiten“ wurde einer Siebenerkommission zur Beratung übertragen. Der Berichterstatler der Kommission, Kollege Poets (Emden) legte dem Gautag die Vorschläge der Kommission vor, die nach kurzer Aussprache Annahme fanden.

Zum Punkt 7: „Festsetzung der dem Gauvorstand zur Verfügung stehenden Summe für gewerkschaftliche Zwecke“, wurde dem Gauvorstand die ganze Gaufasse zur Verfügung gestellt.

Die Wahl des Gauvorstandes ergab die Wiederwahl der Kollegen Franz Zschery als Gauvorsteher, von Karl Heym als zweitem Vorsitzenden, S. Kuhnorn als Gauverwalter und August Bertram als Schriftführer.

Zum Punkt 9: „Beratung sonstiger Anträge und von Anträgen aus der Versammlung“, wurde eine gedruckte Vorlage des redaktionell geänderten Gaustatuts auf Befürwortung ohne Debatte angenommen. Ferner wurde auf Antrag eine Erweiterung der Hauskommission um zwei Bremer Kollegen beschlossen.

Als Gauvortrag und Ort des nächsten Gautages wurde Bremen wiedergewählt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Gauvorsteher Zschery dankte den Delegierten für die geleistete Arbeit. Durch die Einmütigkeit der Beschlüsse kam zum Ausdruck, daß Meinungsverschiedenheiten nicht vorhanden sind. Der Gautag hat gute Arbeit für den Verband geleistet. Mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker und den Gau Nordwest wurde der Gautag um 15 1/2 Uhr geschlossen.

Der Bremer Bezirk hatte am Sonnabend und Sonntagabend zu einem gemüßlichen Beisammensein im Vereins-haus eingeladen; beide Abende nahmen einen harmonischen Verlauf. Den Mitwirkenden sei hier nochmals der Dank für die angenehmen Stunden, die sie den Teilnehmern bereiteten, der Dank ausgesprochen.

Bremen. August Bertram.

60 Jahre Ortsverein Weiskensfeld a. d. S.

„Wenn Buchdrucker ein Fest feiern, so gilt es dem Verbande.“ Nicht besser konnte man dies wohl beständig finden, als zu der Feier des 60jährigen Jubiläums des Ortsvereins Weiskensfeld am Sonntag, dem 21. April d. J. Alle die von Zeil, Naumburg, Merseburg und Halle herbeigeeilten Kollegen schieden mit dem Bewußtsein, einen genußreichen Tag im Kreise von Kollegen verlebt zu haben. Auch der gesamte Gauvorstand war anwesend, ferner Vertreter vom Gewerkschaftskafell, Kulturkafell, Magistrat, sowie die hiesigen Prinzipale. Eingeleitet wurde das Fest durch Musikvorträge der gesamten hiesigen Stadtkapelle unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten Herrn Musikdirektor Thiede, die wohl den Beifall aller fanden. Besonders das Violinsofo von Konzertmeister Krieg, bildete einen musikalischen Genuß. Auch die Gesangsvorträge der Weiskensfelder „Typographia“ halfen das Fest verschönern. Den Höhepunkt des Festes bildete die Festrede des Gauvorstehers Hugo Köhnig (Halle). Er entwarf den Anwesenden ein kurzes Bild über das Wirken des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der seinen Mitgliedern in allen Weiskensfeldern des Lebens eine Stütze bildet. Mit einem Hoch auf den Verband und den Ortsverein schloß er seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Gauvorstand, die Ortsvereine Zeil, Naumburg und Merseburg hatten es sich nicht nehmen lassen, den Jubilar zu beschenken. An diesem Tage war es dem Ortsverein Weiskensfeld auch vergönnt, drei seiner Mitglieder durch Überreichung einer Gutenbergbüste für über 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zu ehren. Es waren die Kollegen Müller, Ostmann und Gärtner. Auch der Vorsitzende und Kassierer wurden für ihre langjährigen Dienste durch Überreichung eines Geschenkes ge-

ehrt. Ein flotter Ball hielt die Festteilnehmer noch lange zusammen und brachte das Fest zu einem harmonischen Abschluß. Acht Tage später vereinten sich dann die Mitglieder mit ihren Frauen nochmals zu einem Essen mit anschließendem Tanz, zu dem die Kollegen Eichler und Gabriel vom Gauvorstand es sich nicht hatten nehmen lassen, im Kreise der Weissenfelder Kollegen diesen Abend zu erleben.

Weissenfelds.

A. Spl.

Korrespondenzen

as. Berlin. (Handseher.) Unsere gut besuchte Aprilversammlung nahm durch Lichtbild und Vortrag des Kollegen Hannemann einen Rundgang bei der Papierfabrik Scheufelen, Oberlenningen (Württemberg) vor. Man hörte, wie das Papier in seiner Form aus aufeinandergelegten Blättern von Pflanzen (Papyrus) zuerst von den Chinesen (105 vor Christo) hergestellt wurde. Im Jahre 1200 wurde es dann handwerklich in Europa verhandelt. Benutzte man bisher Pflanzengattungen, vornehmlich aber Stroh, so suchte man infolge des gesteigerten Bedarfs nach neuen Mitteln, und der sächsische Weber Keller kam auf den genialen Gedanken, Holzfasern zur Herstellung von Papiermasse zu verwenden. Die Erfindung einer Papiermaschine, durch den höchsten Bedarf akut, wurde von dem Franzosen Louis Robert (1799) getätigt. Vorzügliche Lichtbilder von der genannten Papierfabrik zeigten dann den Werdegang vom Baumstamm und Pflanz bis zum druck- und schreibfertigen Papier. Neuzzeitliche Maschinen schälten die Stämme, mahlen das Holz, zerschneiden und kochen die Pflanz. Durch Sulaten, wie Tierlein, Kalk wird die Qualität bestimmt, wie überhaupt das Mahlen und Mahlen das A und O der Fabrikation ist. Maschinen von gewaltigem Ausmaß verarbeiten dann diese flüssige Masse zum endlosen Papierband der Rotationsrolle, und die Kleinarbeit, Formatpapiere schneiden, zählen, prüfen und verpacken beendet das Werk. Vor uns liegt das Buch, die Zeitung, ein Stück Kulturarbeit. Die Vereinigten Staaten verbrauchen pro Kopf 89 kg, England 37 kg, Deutschland 27 kg, Rußland 3 kg, Indien 1 kg; auch ein Kulturmesser. Vorgelegt wurden im Jahre 1800 10 000 kg, 1900 8 Mill. Kilo, 1926 14 Mill. Kilo, 1928 19,5 Mill. Kilo. Weitere interessante Zahlen veranschaulichten den wissenschaftlichen Vortrag. Im geschäftlichen Teil, den Kollege Pfeilsch befandete, wurde kurz kritisch zum getätigten Lohnabkommen Stellung genommen. Die Fachtische erfreuten sich reger Beteiligung. Die Heibelberger Konferenz und die damit verbundene Wahl der Zentralkommission wurde erörtert. Kollege Gabber als unverwundlicher Disziplinredner verurteilte Vortrag und andres mehr. Die Versammlung nahm seine Wortmeldung mit Heiterkeit und seine Ausführungen mit Resignation entgegen.

Bielefeld. (Handseher.) Am 14. April hielten wir unsere fällige Verteljahrsversammlung ab, die Vorredner Nitzke mit begründlichen Worten eröffnete. Hierauf erhielt der für diese Versammlung gewonnene hiesige Gewerbetrottelmeister Thörner das Wort zu einem Vortrag über „Die Arbeiterstufbestimmungen und ihre Durchführung in den hiesigen Druckereien, unter spezieller Berücksichtigung des Gehaltsanlasses“. Der Vortrag wäre es wert gewesen, von einem größeren Kreis der Kollegen gehört zu werden; den Anwesenden wurde in beglückender und leichtverständlicher Weise erläutert, was das Gesetz zum Schutze der Gesundheit der graphischen Arbeiterschaft vorschreibt. An der Arbeiterstufbestimmung unseres Gewerbes liegt es zum großen Teil, sich durchzusetzen und energisch auf Abhilfe bestehender Mängel zu drängen. Jeder sollte sich den Grundgedanken immer wieder vor Augen führen, daß Gesundheit das höchste Gut des Menschen ist. Von der Jahreshauptversammlung in Köln erstattete Kollege Meyerhoff als Delegierter Bericht, seine Ausführungen ergänzte Kollege Nitzke. Unter „Verhiebenern“ wurde auf den Sachverhalt des Jahres besonders hingewiesen. Mit einem Appell zur tatkräftigen Mitarbeit wurde die Versammlung geschlossen.

b. Braunshweig. Der Besuch unserer letzten Bezirksversammlung am 21. April war geradezu beschämend: etwas über 50 Kollegen hatten sich eingefunden. Nachdem Kollege Römer als Stellvertreter des erkrankten Bezirksvorsitzenden Kuntze die Versammlung begrüßt und eröffnet hatte, und der geschäftliche Teil schnell erledigt war, trat man in die Besprechung der zum Gantage gestellten Anträge ein. Darauf wurde die Kandidatenliste der Gantagesdelegierten aufgestellt. Im Mittelpunkt der Versammlung stand der von Herrn Lehrer Rodenklein gehaltene Vortrag: „Leistung und die Arbeiterklasse“. Der Vortragende erzielte für seine hochinteressanten Ausführungen ungeheuren Beifall der Versammelten. Es wurde der Wunsch laut, öfter solche Vorträge zu veranstalten. Diesem kommt der Bezirksvorstand schon seit längerer Zeit nach; er hoffte, dadurch den Besuch der Versammlungen zu heben, sieht sich aber in seiner Hoffnung, wie die letzte Versammlung zeigte, getäuscht. Hoffen wir, daß es in Zukunft anders und besser wird. Unter „Verhiebenern“ wurde beschlossen, das diesjährige Johannistfest an einem Sonnabend zu feiern.

Chemnitz. (Korrektoren.) Die Korrektorenvereinigung Erzgebirge-Vogtland hielt am 14. April ihre Jahreshauptversammlung in Zwickau ab. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden erhielt Kollege Friedrich das Wort, der im Namen des Gauvorstandes herzliche Grüße übermittelte und der Versammlung guten Verlauf wünschte. Abhandlung wurde in die Verhandlungen eingetretet. Am Jahresbericht schloß der Vorsitzende die wichtigsten Verhältnisse im Gau bezüglich der Zusammenfassung aller Korrektoren. In vielen Fällen hätten mehrmalige Werbeschriften keine Verantwortung erfahren, und in sehr vielen Druckereien — auch in Chemnitz — würden die Korrektoren von Prinzipal, Faktoren, ersten Hilfssetzern usw. gefehlt, die sich berufen fühlten, durch angebliches „Wissen“ der deutschen Sprache auf die Reine zu

helfen. Ein Teil derselben sei in der Verbandsstatistik als „Korrektoren“ verzeichnet, was aber bezüglich der wirklichen Anzahl der Korrektoren ein falsches Bild gäbe. Unter den hier in der Sparte organisierten Kollegen sei jedoch ein fester Zusammenhalt geschaffen. Der Vorstand blieb in seiner alten Verfassung. Zum Punkt „Siebenter Deutscher Korrektorenkongress“ wurde die Frage ventiliert, ob die Abhaltung dieses Tages eine unbedingte Notwendigkeit und die aufgewendeten hohen Kosten mit dem eventuellen Ergebnis in Einklang zu bringen seien, woran von verschiedenen Seiten gewiselt wurde. Es empfiehlt sich, die Belange der Korrektoren innerhalb der Verhandlungen des Gesamtverbandstages zu erledigen, was bei einigen guten Willen aller Teilnehmer sehr gut möglich sei. Die Aufstellung eines Delegierten zum Korrektorenkongress wurde Dresden überlassen, jedoch der Wunsch ausgesprochen, Erzgebirge-Vogtland auch einmal auf einem Korrektorenkongress vertreten zu sehen. Betreffs des Sonderbeitrags von 3 M. wurde ausgeführt, daß dieser in Anbetracht aller sonstigen Beiträge, die auch nicht gering seien, und der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse als zu hoch betrachtet wird. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, pro Mitglied 1,50 M. aus der Vereinstafel zu bewilligen, während die andre Hälfte von den Kollegen beigetragen werden soll. Die Freier des 25jährigen Bestehens der Vereinigung soll im Mai nächsten Jahres in Chemnitz stattfinden.

Darmstadt. Unsere Bezirksversammlung am 20. April hatte einen recht guten Verlauf zu verzeichnen. Eingangs gedachte Kollege Volkert ehrend einen verstorbenen Kollegen. Einen erheblichen Eindruck machten die Aufnahmen resp. Aberritte unserer Neuausgelernten; waren es doch 37 Jungmannen, die in die Reihen unserer Mutterorganisation traten. Beherzigungswerte Worte des Vorsitzenden sowie der begeistert aufgenommenen Buchdruckerchor „Heil Gutenberg“, vom neugegründeten Kollegenschaftsverein vorgetragen, gaben dem Ganzen ein festliches Gepräge. Mit großer Sympathie wurde die Feuerprobe der begeisterten Sangeskollektive aufgenommen, von dem Wunsch befeuert, daß der Verein von Bestand bleiben möge. Nach einigen internen Mitteilungen nahm die Versammlung Stellung zum 1. Mai, was eine lebhaftige Aussprache auslöste und darin gipfelte, geschloffen den Tag durch Arbeitsruhe zu begehen. Der Wahlfesttag fand seine Regelung wie letzter, d. h. im Anschluß an die jeweiligen Urlaubstage. Die Berichterstattung der Kommission der Gehaltsprüfung, der sich 88 Seher und 19 Drucker unterzogen, gab einen schmerzlichen Einblick in die verantwortungsvolle Tätigkeit, zumal erstmalig der Sachauschluß hierbei in Funktion trat. Erstreutlich konnte konstatiert werden, daß die Prüfungen zum Teil musterzügliche Leistungen erkennen ließen. Konnten doch durch die Kommission einige Prämien zur Verteilung kommen. Drei Seher und ein Druckerlehrling genügten den Anforderungen nicht; sie mußten sich des Nachlernens unterziehen. Auch ließ unser Bezirksvorsitzender die weitere Tätigkeit des Sachauschusses Revue passieren, wie Eignungsprüfung, Lehrlingsaufstellung und Lehrberechtigung, dabei die Aufgaben feststellend, daß leider noch ein gewisser Tiefstand des Volksschulwesens zu beklagen sei; es gebe aber auch Betriebe, denen man das Prädikat Lehrwerkstätte abspreschen müsse. Die Aussprache über tarifliche Unbilligkeiten in einzelnen Betrieben förderte manches zutage, was den Kollegen Veranlassung geben kann, sich mehr als Gewerkschaftler zu zeigen. Den Höhepunkt leistete sich der frühere Prinzipalvorsitzende, indem er anlässlich eines Arbeitsgerichtsprozesses in einem mündlichen Abkommen mit unserm Bezirksvorsitzenden vereinbarte, beiderseits die Klagen zurückzugeben, unter der Voraussetzung, dem klagenden Kollegen den Betrag von 25 M. auszugeben. Der betreffende Druckerlehrling hielt sich leider nicht an sein gegebenes Wort, was gebührende Brandmarkung durch die Versammlung fand.

K. F. Dillingen - Donaauwörth. Unsere diesjährige Bezirksgeneralversammlung am 14. April in Gillingen a. D. war höchst besuch. Vorredner Mayer (Donaauwörth) begrüßte die Versammlung und leitete nach Besprechung interner Angelegenheiten zur reichhaltigen Tagesordnung über. Schon der Jahresbericht des Bezirksvorsitzenden zeugte davon, daß im Berichtsjahr im Bezirk wertvolle Kleinarbeit geleistet wurde. Im allgemeinen ist das verfloßene Jahr ein ruhiges zu nennen. Nachdem der Jahresbericht ohne Distinktion und mit Dank entgegengenommen war, erstattete Kassierer Kaufner den Kassenbericht, der einen erfreulichen Kassenbestand aufwies. Die beantragte Entlastung des Kassierers wurde mit Dank genehmigt. Die nun vorgetragenen Berichte aus dem Bezirk waren zufriedenstellend; nur in bezug auf Lehrlingsfragen wurden lebhaftige Klagen laut. Kollege Kuchenhauer (Donaauwörth) erstattete an Stelle des abwesenden Bezirkslehrlingsleiters den Bericht von der Lehrlingsleiterkonferenz in Würzburg, der mit Befriedigung aufgenommen wurde. Vermittelt wurde aber sowohl von den Lehrlingsleitern als auch von den meisten Disziplinrednern, daß hier keine Rücksichten geschaffen werden, die für die Proving bei der Arbeit im Neuland der Lehrlingsabteilung anwendbar wären. Es ist wohl als ein Beweis der großen Teilnahme an Fragen des gewerblichen Nachwuchses anzusehen, daß sich an dieses Referat eine sehr rege Aussprache angeschlossen, die alle diese Fragen und Probleme umfaßte und den Lehrlingsleitern wie den Kollegen manche wertvollen Winke für die weitere Arbeit bot. Auch viele Klagen der Handwerkskammer Augsburg in Sachen der Lehrlingsordnung wurden laut. Um diese Angelegenheit einmal in Fluß zu bringen, nahm die Versammlung einen energiegelben Protest an, der von den einzelnen Ortsvereinen unterzeichnet, der Handwerkskammer zugeleitet wird, damit diese sich endlich dazu aufrafft, diese Zustände zu beseitigen und Verhältnisse nachzuholen. Der Gantagesbericht, erstattet vom Kollegen Mayer, wurde mit lebhaftem Interesse entgegengenommen. Von der hierauf folgenden Aussprache wurde ausgiebig Gebrauch gemacht, waren doch in dem Bericht Dinge aufgezeigt worden, die viel zu denken und noch mehr zu arbeiten geben. Es sind dies: Lohnverhandlungen, Verhältnis zum Gutenbergbund, Klosterdruckereien, Unterstützungsweisen im Verband

im Verhältnis zur staatlichen Unterstützung (Invalidenversorgung), Lehrlingsordnung und -kassa u. a., die mit einer Gründlichkeit diskutiert wurden, die von großer Teilnahme in allen gewerkschaftlichen Zeitfragen zeugte. Mit Befriedigung nahm die Versammlung Kenntnis davon, daß der nächste Gantag 1932 in Donaauwörth stattfinden soll. Der Gauvorstand wurde von allen Rednern ein Vertrauensvotum ausgestellt. Bei der nachfolgenden Neuwahl des Bezirksvorstandes zeigten sich nur Veränderungen in der Besetzung des Bezirkslehrlingsleiters und des Schriftführeramtes. Der Antrag auf Abhaltung eines Bezirksjohannistfestes in Verbindung mit dem zehnten Stiftungsfest des Ortsvereins Dillingen fand Zustimmung. Außerdem soll in diesem Jahre ein Bezirkslehrlingsfest in Dillingen abgehalten werden. Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung wurde Höchstädt gewählt. Vorredner Mayer konnte die Versammlung nach jedwähliger Dauer mit der Bitte um weitere Mitarbeit an der Erreichung unserer Ziele mit herzlichsten Dankworten schließen.

Frankfurt a. d. O. Am 7. April fanden sich die Bezirke Frankfurt a. d. O. und Neudamm zur Abhaltung eines gemeinsamen Bezirkstages zusammen. Es war der Wunsch vieler Kollegen, wieder einmal bei der Teilung des Bezirkes Frankfurt a. d. O. in kollegialer Weise sich zusammenzufinden. Eingeleitet wurde die Versammlung durch drei auf zu Gehör gebrachte Lieber der „Gutenberg-Topographie“ (Neudamm). Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollegen in ehrender Weise gedacht. Nach Begrüßung der Kollegen und anwesenden Gäste durch Kollegen Pfeilsch (Frankfurt an der Ober), wurde dem Vorsitzenden des Neudammer Bezirkes, Kollegen Schroeder, die Leitung der Versammlung übertragen. Es ergab sich die Anwesenheit von etwa 400 Kollegen. Gauvorsteher Reintke (Stettin) referierte über das Thema: „Gewerkschaftliche Tagesfragen“. In seinem alle Kollegen stark interessierenden Bericht über die Lohnverhandlungen führte er u. a. aus, daß sie unter seinem guten Stern standen. Konjunktur, Reparationsverhandlungen und politische Krisen haben sie sehr beeinträchtigt. Das Ergebnis ist nicht befriedigend, insbesondere die Verlängerung der Gültigkeitsdauer. Die Prinzipale haben aber eingesehen, daß eine freie Vereinbarung dem Schlichtungsverfahren vorzuziehen sei. Abdann wies er auf den kommenden Gantag und den Verbandsstag hin. Hier müßten die Invalidenfürsorge, Spartenfragen und andere Regelung erfahren. Er gab die Lohnaufbesserungen der letzten Jahre in unserm Gewerbe ziffernmäßig bekannt. Zum Schluß ermahnte er alle Kollegen zum festen Zusammenhalt. Reicher Beifall besaß seine Ausführungen. Die Kollegen machten von der nun folgenden Diskussion regen Gebrauch, und alle Redner äußerten ihre Mißbilligung betreffs des Ergebnisses der Lohnverhandlungen. Arbeitersekretär Heiler (Frankfurt a. d. O.) referierte sodann über „Aus der Praxis des Arbeitsrechts“. In seinem einflussreichen Vortrag gab er in leichtverständlicher Art den Kollegen viel Wissenswertes. Auch war er zur persönlichen Auskunftserteilung gern bereit. Kollege Schroeder (Neudamm) stellte in seinem Schlußwort fest, daß dieser gemeinsame Bezirkstag den Kollegen viel gebracht hat, und mit einem Hoch auf unsern Verband schloß er die Versammlung. — Bei einem Konzert (mit angepaßtem Programm) blieben die Kollegen eine Zeitlang vereint, bis man zu den leider zu früh fahrenden Zügen einen mußte.

Grünberg (Schl.). (Handseher.) Einem in letzter Zeit von vielen Kollegen geäußerten Wunsch nach Gründung einer Handwerksvereinigung wurde am 13. April durch eine gut besuchte Gründungsversammlung in Grünberg entsprochen. Kollege Feige (Breslau) hielt einen Vortrag über „Die Entstehung der Werkstätte und deren Fortentwicklung“. Die Spezialisierung der Berufe, insbesondere unseres Gewerbes, machte es zur Notwendigkeit, einen Zusammenschluß der Handwerker herbeizuführen. Die Ausführungen wurden mit Interesse verfolgt und mit Beifall aufgenommen. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Paul Feiler als Bezirksvorredner gewählt.

Halle a. d. S. Am 14. April fand hier unsere Frühjahrsvorversammlung statt, der eine Beschäftigung des Landwirtschaftlichen Instituts vorausging. Bezirksleiter Liebenstahl begrüßte die Erschienenen und der Gesangsverein „Gutenberg“ leitete mit einigen Liedern die Ehrung von vier Jubilaren ein. Hierauf hielt Kollege Heibelbarth (Leipzig) einen Vortrag über „Arbeitsgesetz und Arbeitsgerichtsbarkeit“. Der Referent gab den Betriebsräten gute Winke mit auf den Weg und betonte an Hand einiger Beispiele, wie notwendig es ist, einen Betriebsrat zu haben, der mit dem Betriebsrätegesetz vertraut ist. Auch das Arbeitslosen- und Arbeitsvermittlungsgesetz wurde gestreift und an Hand von Beispielen dessen Handhabung gezeigt. Mit der Aufforderung, alles zu beherzigen, klang das sehr interessante Referat aus. Nachdem Kollege Liebenstahl dem Referenten Dank ausgesprochen hatte, machte er einige Ausführungen über den Fall Riebenstahl-Kilian. Er führte weiter aus, daß die Handwerkskammer die Lehrlingsordnung anerkannt habe. Die Anträge zum Verbandstag und zum Gantag wurden teilweise angenommen. Hierauf schloß sich die Aufstellung der Delegierten. Die Berichte aus den einzelnen Ortsvereinen waren als befriedigend zu betrachten, außer der Mißbilligung über das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Der Versammlung schloß sich ein Unterhaltungsabend an, der mit Humor und Gesangsbeiträgen verschönt einen würdigen Abschluß bildete. — Am 20. April, verbunden mit der Aufstellung der Gehaltsprüfungsarbeiten, ehrte zunächst das Ansehen eines verstorbenen Kollegen. Hierauf folgte die Einführung der Neuausgelernten. Die Betriebsratsbeiräte wurden aufgefordert Berichte einzubringen über die Betriebsratswahlen. Kollege Liebenstahl schloß den Tag mit der würdigen Begehung des 1. Mai als Weltfesttag vor. Infolge Abnahme der Lehrlingsordnung durch die Handwerkskammer machte sich die Wahl von vier Vertretern in den Sachauschluß notwendig. Kollege Feurer

hahn erstattete in kurzen Zügen den Jahresbericht. Mit der Bitte um noch regeren Besuch der Versammlung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Karlsruhe. (M a s c h i n e n s e h e r.) Unsere diesjährige Bezirksversammlung fand am 21. April in dem am Fuße des Schwarzwaldes idyllisch gelegenen Städtchen Ettlingen statt. Bei Eröffnung der Versammlung konnte Vorsitzender P r e s e l die erfreuliche Feststellung machen, daß sich die Kollegen in sehr großer Zahl sowohl aus Karlsruhe wie auch aus den Bezirksorten eingefunden hätten. Das proletarische Zusammengehörigkeitsgefühl kam in erhebender Weise dadurch zum Ausdruck, daß uns der Arbeitergesangsverein „Eintracht“ (Ettlingen) mit einem sehr gut zum Vortrag gebrachten Freiheitslied erfreute. Die der Versammlung zugrunde liegende umfangreiche Tagesordnung fand einstimmige Annahme. Die Versammlung nahm Kenntnis von verschiedenen Eingängen; so u. a. von einem Rundschreiben der Zentralkommission, das aufgetauchte Meinungsverschiedenheiten mit den Handbegervereinigungen behandelt; des weiteren eine Mitteilung der Merzinger Maschinenfabrik, daß auch unserer Vereinigung der von ihr herausgegebene Prospekt „Was viele nicht wissen“ zugehen werde. Auch in dieser Versammlung konnten wiederum zwei Kollegen unserer Partei zugeführt werden. Der Vorsitzende unterzog sich der angenehmen Pflicht, zwei bewährte Kämpfer der Sparte als Jubilare vorzustellen; die Kollegen R i n g und P l i s s e; ersterer gehört 20 Jahre ununterbrochen als Vorstandsmittglied, letzterer 15 Jahre als Kassierer unserer Spartenvereinigung an. Der Vorsitzende fand sinnreiche, ehrende Worte des Dankes, denen sich die Versammelten aufrichtigen Herzens anschloßen; Blumen und ein kleines Geschenk waren äußere Zeichen der Wertschätzung. Die Geselerten dankten und machten kurze rückschauende Ausführungen. Der Vorsitzende gab nochmals das Abkommen zwischen Freiburg, der Zentralkommission und Karlsruhe vom Jahre 1922 über die turnusmäßige Besichtigung von Delegierten zu den Kongressen bekannt, dem sich jetzt alle beteiligten Parteien erneut angegeschlossen haben, daran die Hoffnung knüpfend, daß die jahrelangen unzerfährlichen Auseinandersetzungen endgültig beigelegt sein mögen. Alle zum Kongreß gestellten Anträge fanden die Billigung der Versammlung. Die Versammlung erklärte sich mit dem geplanten Zusammentreffen der Stuttgarter Kollegen in Pforzheim am 16. Juni einverstanden und genehmigte die Mittel zur Bestreitung der Autobusfahrt und des Mittagessens aus der Vereinstasche. Die von den Kollegen F u n k und S c h w a b gehaltenen technischen Vorträge über „Giechmundbefestigung“ und über „Neuerungen am Typograp“ wurden von den Versammelten mit Aufmerksamkeit verfolgt und fanden dankbare Anerkennung. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. — Ein Spaziergang zu einem nahen Aussichtspunkt mit gefestigtem Beisammensein beschloß den Tag.

Hamburg-Altona. Unsere Versammlung am 11. April ehrte zunächst das Andenken mehrerer verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Der Vorstand hatte beschloßen, den ausgefallenen Verbandstollegen in der Druckerei der „Vergilischen Arbeiterstimme“ in Solingen moralische und finanzielle Unterstützung zu gewähren. 200 M. sollen nach dort geschickt werden. Kollege L e p p e r versuchte hierbei eine Aufklärung, die vom Kollegen R u n d e r ins rechte Licht gerückt wurde. Zur Durchberatung etwaiger von Hamburg zu stellender Anträge zum Verbandstag war eine Kommission beauftragt worden. Dieser lagen neben andern auch Anträge der Kollegen Weisard und Leppert vor. Da sich in der Kommission bei der Beratung herausstellte, daß diese Anträge von einer zentralen Stelle überall verwickelt worden sind und zum Teil mit Beschlüssen früherer Gewerkschaftskongresse und Verbandstagungen im Widerspruch stehen, fanden die Anträge keine Gegenliebe und wurden abgelehnt. Kollege R e i n d o r f gab den Bericht der Kommission; er begründete die gedruckte vorliegenden Anträge, die sich sowohl mit dem Unterstützungsweisen (Snaaliten), der Kriegsbeschädigtenfrage wie auch mit den Westportvereinen beschäftigten. Die Anträge der Kollegen Leppert und Weisard wurden den Versammlungsteilnehmern wieder zugänglich gemacht. Hierzu wurde vom Kollegen F a h r m a r k t beantragt, über diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Nach längerer Aussprache wurde dieser Antrag mit 127 gegen 34 Stimmen angenommen. In der sehr lebhaften Aussprache wurde das Für und Gegen der Kommissionsvorlage reichlich erörtert. Von den sechs eingereichten Anträgen der Kommission wurden fünf mit großer Mehrheit angenommen. Der sechste Antrag (betroffend Westportvereine) erregte der Versammlung nicht scharf genug, dafür wurde folgender Antrag Leppert angenommen: Der Verbandstag beschließt: Schärfsten Kampf gegen die Westportvereine. Die Mitgliedschaft im Westportverein ist nicht vereinbar mit der Mitgliedschaft im Verbande der Deutschen Buchdrucker. In Betracht zu ziehen sind auch die Vereine, die eventuell später ihren Namen ändern.“

Hamburg. (M a s c h i n e n s e h e r.) In unserer Versammlung am 21. April wurden zunächst drei Neuaufnahmen in zukünftigem Sinne erledigt. Als Delegierte zum Maschinenkongreß wurden die Kollegen Natho und Jellert gewählt. Unter den verschiedenen Eingängen wurde vom Vorsitzenden M a t h o der Jahresbericht der Zentralkommission hervorgehoben, den er den Kollegen zur besonderen Beachtung empfahl. Der Vorsitzende gab dann der Versammlung Kenntnis von einem Inserat im „Rinsden“, worin die Werksstätte für Lohnmaschinenfabrik Erwin C. West, Altona-Etze, einen Seher mit einigen Tausend zum Anlernen an der Sechsmaschine sucht. Er ersuchte die Kollegen vor Inverbindung treten mit Herrn West an der zuständigen Stelle Erkundigungen einzuholen, damit die Kollegen vor Schäden bewahrt blieben. Im übrigen warnte er die Kollegen vor solchen „Wertstätten“ und ersuchte die Kollegen, der „Werksstätte“ Erwin C. West besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nachdem einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, gab der Kassierer den Bericht für das erste Quartal. Auf Antrag der Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zu Punkt „Unsere diesjährige Wanderversammlung“ machte der Vor-

stand den Vorschlag, diese im August in Harburg abzuhalten. Die Versammlung stimmte dem zu. Hierauf hielt Kollege M u g u s t R u p einen Vortrag über: „Unser Sechsmaschinenmetall“. In sehr interessanten Ausführungen wurde den Kollegen die Gewinnung des Bleis und seine Verarbeitung bis zum Werkblei geschildert. Die Zusammenlegung des Bleis für die einzelnen Systeme wurde an Hand von Zahlen vorgeführt. Sehr willenswert waren u. a. auch die Schmehpunkte der einzelnen Metalle unseres Bleis. Den Abschluß des Vortrages bildeten Ausführungen über das Umschmelzen von Zellen. Der Beifall und die rege Aussprache bewiesen das Interesse der Kollegen an diesem technischen Vortrag. Den Abschluß der Versammlung bildete die Besichtigung der Matrizenputzmaschine „Kocia“, die bei den Kollegen allgemeinen Anklang fand.

Leipzig. (K o r r e k t o r e n.) In unserer Aprilversammlung in Leipzig konnten wir den Mitgliedern wieder einen Lichtbildervortrag bieten, den Kollege S t e p h a n hielt. Von etwa 125 Abbildungen aus Büchern und Zeitschriften wurden mit Hilfe des vom Leipziger Gauverein gehörigen Epidiaskopparates die Bildnisse, Handschriften, Korrekturen und Karikaturen von Dichtern und Staatsmännern aus neuerer und neuester Zeit und verschiedenen Ländern an die weiße Wand geworfen. Dem Vortrag voraus war der Vereinsbericht des Vorstandes gegangen, der an Stelle des erkrankten Vorsitzenden Schmiedel vom Kollegen T h i e m e gegeben wurde. Dieser konnte die Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern, aber auch den Verlust eines Kollegen durch den Tod anzeigen. Weiter berichtete er, daß Kollege Schmiedel am 17. März im Leipziger Rundfunksender über „Druckfehler und ihre Ursachen“ gesprochen hatte. Der Sprachverein lud zu seiner Versammlung am 23. April ein. Am 11. April hatte der Vorstand den Kriegsbeschädigten Kollegen zu einer Aussprache zusammengeufen, in der über ihre geringen Leistungszulagen und verschiedene Gesetzesbestimmungen für Kriegsbeschädigte gesprochen wurde. Dabei wurde auch das unkollegiale Verhalten einzelner Kollegen gegenüber den Kriegsbeschädigten gerügt. Kollege Thiem richtete noch an die Kollegen den Appell, sich rege an der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen und sich auch vor der Mitarbeit im Betriebsrat nicht zu scheuen. Eine Anzahl Korrekturen ist schon Mitglied in ihren Betriebsräten. Nach diesem Geschäftsbericht wurde in die Beratung der zum Siebenten Deutschen Korrekturentag zu stellenden Anträge eingetreten, woran sich die Wahl der Delegierten schloß. Aus der Wahl gingen die Kollegen Schmiedel, Stauch und Stephan als Vertreter und die Kollegen Thiem und K o h l e als Stellvertreter hervor.

Münster i. W. (M a s c h i n e n s e h e r.) Jahresfest hatten sich die Mitglieder unserer Vereinigung zur Besichtigung der ersten hier in der Druckerei der „Münsterischen Zeitung“ (E. J. Fahlke) aufgestellten Zintertpe am 21. April eingefunden. Alle Neuerungen und Vorteile dieser Maschine, die ungeteiltes Interesse und mehr oder weniger Anfang fanden, wurden eingehend gezeigt und erklärt, so daß wohl alle Teilnehmer an dieser Besichtigung befriedigt wurden. Der Firma E. J. Fahlke sei auch an dieser Stelle Dank gesagt für ihr freundliches Entgegenkommen.

Passau. Unser Ortsverein hielt am 21. April eine Aufklärungsvorversammlung für unsere Lehrlingsabteilung ab, zu der die meisten Lehrlinge der hiesigen Druckereien mit ihren Eltern, sowie der größte Teil der Kollegen erschienen waren. Nach kurzer Begrüßung durch unseren Vorsitzenden E r n s t K o h l i, sprach dieser in einem gut durchgearbeiteten Vortrag über das Werden und Wirken unseres Verbandes und seine Leistungen und Einrichtungen. Er streifte dabei auch den Gütenbergbund, der hier seit etwa 25 Jahren nur selten einige Mitglieder hatte, trotz reger Arbeit von gewisser Seite bis in die letzten Tage. Übergend zur Lehrlingsabteilung zeigte Referent durch diese Beispiele, was der Verband alles für die Jungbuchdrucker bereits getan und weiterhin leistet. Nach weiteren Aufklärungen durch den Beirungsleiter, Kollegen K o l l e r und dem Vorsitzenden des Ortsvereines des Bildungsverbandes, Kollegen W o l f b a u e r und noch eines andern Kollegen, wurde die anregend verlaufene Versammlung unter Beifall geschlossen.

Köln. Die am 21. April abgehaltene Bezirksversammlung wurde von 111 Kollegen besucht. Nach einleitenden Redevorträgen der Rostocker „Typographia“ ehrte Vorsitzender S t e i n b e r g, dem sich unser Gauvorsitzer, Kollege D a n k e, mit ehrenben Worten anschloß, drei Jubilare für 25jährige Treue im Verbande und überreichte jedem ein Geschenk. Hierauf erstatteten die auswärtigen Kollegen Bericht aus ihren Orten über die gewerbliche Lage, die durchweg befriedigend war. Nach Erledigung interner Angelegenheiten sprach unser Gauvorsitzer nochmals zu den letzten Lohnverhandlungen. Außerdem wurden von letzteren die eingegangenen Anträge für den Gautag sowie für den Verbandstag besprochen. Er betonte, daß eine Erhöhung des Verbandsbeitrages in Aussicht stände, um den gesteigerten Leistungen im Verbande finanziell gewachsen zu sein. In befruchtendem Sinne sprachen sich die Kollegen in der Diskussion hierüber aus. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Teterow i. W. gewählt.

Allgemeine Rundschau

Nachschmertes Beispiel. Die Firma C. M ü l l e r s Buchdruckerei in B e r s w a d e gewährt ihrem Personal anlässlich des Erscheinens der 4000. Nummer des „Berzswader Hefenblattes“ als Jubiläumsgabe zwei Drittel des jeweiligen Wochenlohnes. Der Betrag wird bei Ferienantritt ausbezahlt. Außer 105 Kollegen kommen etwa 250 Angestellte und Hilfspersonal in den Genuß dieser Zuwendung.

Gesellenprüfung. In M a i n z unterzogen sich 24 Seher und 12 Drucker der Gesellenprüfung. Bei den Sehern war im allgemeinen das Ergebnis nicht besonders erfreulich, denn keinem einzigen Prüfling konnte die Note „Sehr gut“ gegeben werden. 7 Prüflinge erhielten die Note „Gut“, während 16 mit „Genügend“ fürlieb nehmen

mussten. Ein Prüfling mußte zurückgewiesen werden. Er wird drei Monate weiterlernen und dann die Prüfung wiederholen müssen. Die Arbeiten der Drucker zeigten bessere Noten. Einer erhielt die Note „Sehr gut“, 8 „Gut“, 3 „Genügend“.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenanzahl in unserm Verband im Monat April erstreckte sich auf 204 Mitgliedschaften; 27 von diesen mit 2711 Mitgliedern sandten keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliedschaft an Schluß der letzten Woche des Monats betrug 86 000 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). In Arbeitslosen wurden gezählt 5921 (gegen 5802 im März). Verkürzt arbeiteten 197 Mitglieder (gegen 158 im März), und zwar bis zu 8 Stunden 113, 9 bis 16 Stunden 44, 17 bis 24 Stunden 40 Mitglieder.

Neuer Konflikt in einem kommunalistischen Zeitungsbetrieb. Daß Theorie und Praxis zwei grundverschiedene Dinge sind, können die Buchdrucker in parteipolitischen Zeitungsunternehmen sehr häufig feststellen. Zu den beiden ständischen Fällen, die sich in jüngster Zeit in Chemnitz und Solingen in kommunalistischen Zeitungsbetrieben ereigneten, gestellte sich neuerdings ein ebenfalls Fall im kommunalistischen „Thüringer Volksblatt“ in Gotha. Nicht weniger als vier Redakteure und Angestellte müssen ihre Forderungen vor dem Arbeitsgericht herauskämpfen. Der frühere Redakteur Geithner erhielt 1000 M., eine Klage um 800 M. schwabte noch. Der Redakteur Fenske bekam 800 M. zugesprochen, ein Aquiseur erhielt 1600 M. Der entlassene Geschäftsführer, ein Verbandskollege, klagt auf 4000 M., die der Verlag ihm schuldet. Also nicht weniger als 8000 M., die ein kommunalistischer Betrieb zahlen soll, weil er Angestellte fristlos entlassen und auf die Straße geworfen hatte.

Unternehmergroßzügigkeit. „Die Buch- und Kunstdruckerei der hochwertigen Leistungen Norddeutsches Druck- und Verlagshaus, Buchbinderei, Stereotypie usw. mit 15 neuzeitlichen Maschinen“, wie es wörtlich auf den Briefbogen dieser Hannoverischen Firma heißt, wurde kürzlich vom Gauvorstand in Hannover gesperrt. Grund: Differenzen infolge Nichtbezahlung der tariflichen Lohnverhöhung vom 1. April. Diese Sperre ist natürlich ihre unangenehme Wirkung auf den Inhaber der Druckerei mit der hochtrabenden Firmenbezeichnung aus. Das geht u. a. auch aus nachstehendem Konditionsangebot der Firma an einen Gesellen hervor, der im „Rinsden“ Stellung suchte: „Wir hatten bereits Ihre Bewerbung, für die wir hiermit danken, zur engeren Wahl gestellt, als wir fürchten, daß über unsern Betrieb die Sperre verhängt worden sei. Bessere ist — zumal wir in Hannover zu jenen Ausnahmen gehören, die die höchsten Löhne und besten Arbeitsräume bieten — unangebracht und auf einen Seher zurückzuführen, weshalb wir infolge dieser Sperre nur schriftlich oder überhaupt nicht organisierte Kräfte neu einstellen könnten.“ Das ist doch wirklich edel gedacht von dem Inhaber der „Buch- und Kunstdruckerei der hochwertigen Leistungen“. Christliche oder nichtorganisierte Gesellen sollen ihm aus der Patsche helfen, in die er durch seine eigene Schuld geraten ist, weil er sich weigerte, den Tariflohn zu zahlen, den alle andern Prinzipale in Hannover ebenfalls zahlen müssen. Der Herr dürfte sich aber verrechnen, wenn er glaubt, christliche oder nichtorganisierte Gesellen würden sich danach drängen, in seiner Druckerei arbeiten zu dürfen.

Generalversammlung der Volksfürsorge. Am 4. Juni dieses Jahres findet in den Räumen der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg die 16. ordentliche Generalversammlung der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsattengesellschaft statt. Aktionäre der Volksfürsorge sind bekanntlich die freien Gewerkschaften und die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, die ihre Vertreter zur Generalversammlung entsenden.

Ein Erlaß zur Arbeitslosenversicherung. Von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde folgende Mitteilung verbreitet: Der Vorstand der Reichsanstalt hat sich in der letzten Woche eingehend mit den Erfahrungen und Schwierigkeiten beschäftigt, die sich im verflochtenen Winter bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung ergeben haben. Als Ergebnis dieser Beratungen ist den Arbeitsämtern ein zusammenfassender Erlaß zugegangen, der die Verbesserung und Vereinfachung der Verwaltungspraxis sichert und eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung verhindert soll. In dem Erlaß wird u. a. besonders darauf hingewiesen, daß erhöhte Aufmerksamkeit der Prüfung zuzuwenden sei, ob Scheinarbeitsverhältnisse vorliegen. Solche können niemals die in dem Gesetz vorgesehene Anwartschaftszeit erfüllen. Eine etwa irrtümlich bewilligte Unterstützung ist sofort zu entziehen und der gezahlte Betrag zurückzufordern, wenn nachträglich eine Scheinbeschäftigung festgestellt wird. Die verhärtete Nachprüfung soll sich auch auf die Schwarzarbeit beziehen. Die Arbeitsämter sollen dabei mit den Krankenkassen zusammenwirken. Die Saisonarbeitslosen sollen nicht nur von der Sachabteilung, sondern auch von der Allgemeinen Abteilung des Arbeitsamts betreut werden, wobei erneut auf die gesetzliche Bestimmung verwiesen wird, wonach bei berufsbildiger Arbeitslosigkeit die Beschäftigung zur Annahme berufsfremder Arbeit von vornherein besteht. Es wird in dem Erlaß nochmals darauf hingewiesen, daß die Frage, ob eine Arbeit als zumutbar anzusehen ist, eine Lauffrage des einzelnen Falles ist und daß jeder Arbeitslose, auch der Sacharbeiter, sich ein gewisses Maß von Abweidung gegenüber seiner Sacharbeit gefallen lassen muß. Den Arbeitgebern gegenüber sollen die Arbeitsämter auf größere Genauigkeit und Zuverlässigkeit in den Angaben über die Entlassungsgründe dringen. Jeder Arbeitslose, der Unterstützung begehrt, muß dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen. Es müsse erreicht werden, daß auch die Wohlhabendsten ihre Unterstützung an Arbeitsfähige in allen Fällen davon abhängig macht, daß diese Arbeitslosen sich regelmäßig nach Anweisung des Arbeitsamts bei diesem melden und um Arbeit bemühen. Das Arbeitsamt ist verpflichtet, sich über Arbeitslosen mit allem Nachdruck anzunehmen und durch Arbeitsangebote ihre Arbeitswilligkeit fortgesetzt zu prüfen.

